

## Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und Migration am 26.05.2011

Sitzungsort: Rathaus Uhlstraße 3, Sitzungssaal A 013

Beginn der Sitzung um 18.00 Uhr.

Ende der Sitzung um 19.20 Uhr.

Vorsitz führte: Jung

### Stimmbere. Mitglieder

<input type="checkbox"/>	Dr. F. Immenkeppel	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Simons	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Stilz (stv. Vors.)	CDU
<input type="checkbox"/>	Dr. Dahm	CDU
<input type="checkbox"/>	Schmitz, G. (SK)	CDU
<input type="checkbox"/>	Merscheid (SK)	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Falkenstein (SK)	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Jung, H. (Vors.)	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	Weitz	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	Rader (SK)	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	Niclasen	Grüne
<input checked="" type="checkbox"/>	Özcelik (SK)	Grüne
<input checked="" type="checkbox"/>	Wehr	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	Bohlken	fw/bVb
<input type="checkbox"/>	Riedel	LINKE

### Stellv. stimmbere. Mitglieder

<input checked="" type="checkbox"/>	Berg (SK)	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Zirfas (SK)	CDU
<input type="checkbox"/>	Boley	CDU
<input type="checkbox"/>	Dahmen	CDU
<input type="checkbox"/>	Ehrenstein	CDU
<input type="checkbox"/>	Fischer	CDU
<input type="checkbox"/>	Gerharz	CDU
<input type="checkbox"/>	Hans	CDU
<input type="checkbox"/>	Hepp	CDU
<input type="checkbox"/>	Hosmann	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Kirf	CDU
<input type="checkbox"/>	Klug	CDU
<input type="checkbox"/>	Köllejan	CDU
<input type="checkbox"/>	Küster	CDU
<input type="checkbox"/>	Meeth	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Pohl	CDU
<input type="checkbox"/>	Poschmann	CDU
<input type="checkbox"/>	Pütz	CDU
<input type="checkbox"/>	Rau	CDU
<input type="checkbox"/>	Vetterling	CDU

### Stellv. beratende Mitglieder

<input checked="" type="checkbox"/>	Wolf	Spätaussiedler
<input type="checkbox"/>	Saß-Blauhut	Init.f.Völkerverst.
<input type="checkbox"/>	Molnar	Obdachlosenb.

### Beratende Mitglieder

<input checked="" type="checkbox"/>	Mörs	Obdachlosenb.
<input checked="" type="checkbox"/>	Duda	Vertr. Spätaussiedler
<input checked="" type="checkbox"/>	Weidner	Init.f.Völkerverständ.

### Verwaltung

<input checked="" type="checkbox"/>	Freytag
<input checked="" type="checkbox"/>	Gérard
<input checked="" type="checkbox"/>	Rampe
<input type="checkbox"/>	Joswig - von Bothmer
<input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/>	

<input type="checkbox"/>	Richter	SPD
<input type="checkbox"/>	Berg	SPD
<input type="checkbox"/>	Blanke	SPD
<input type="checkbox"/>	Grafe	SPD
<input type="checkbox"/>	Jung, E.	SPD
<input type="checkbox"/>	Klein	SPD
<input type="checkbox"/>	Dr. Petran	SPD
<input type="checkbox"/>	Vilkman	SPD
<input type="checkbox"/>	Weesbach	SPD
<input type="checkbox"/>	Rashid (SK)	SPD
<input type="checkbox"/>	Eiben (SK)	SPD

### Schriftführerin

Rempe

<input type="checkbox"/>	Sass (SK)	Grüne
<input type="checkbox"/>	vom Hagen, A. (SK)	Grüne
<input type="checkbox"/>	Bortlisz-Dickhoff	Grüne
<input type="checkbox"/>	vom Hagen	Grüne
<input type="checkbox"/>	Konertz	Grüne
<input type="checkbox"/>	Mäsgen	Grüne
<input type="checkbox"/>	Dr. Tieke	Grüne
<input type="checkbox"/>	Weber	Grüne

### Gäste

<input checked="" type="checkbox"/>	Herr Draeger, SKFM
<input type="checkbox"/>	Lupinenweg
<input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/>	

<input type="checkbox"/>	Brämer	FDP
<input type="checkbox"/>	Müller-Neimann	FDP
<input type="checkbox"/>	Pitz	FDP
<input type="checkbox"/>	Schmucker (SK)	FDP
<input type="checkbox"/>	Baule	fw/bVb
<input type="checkbox"/>	Mainzer	fw/bVb
<input type="checkbox"/>	Dr. Heermann	fw/bVb
<input type="checkbox"/>	Sauer	LINKE

Tagesordnung

TO-Pkt.	Gegenstand	Seite	Vorlagen-Nr.
	<b>A) Öffentlicher Teil</b>		
1	Niederschrift vom 17.02.2011	3	
2	Beratungs- und Betreuungsstelle, Lupinenweg <u>hier:</u> Vorstellung Sozialarbeiter Herr Draeger	3-5	
3	Einbringung der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2011 / 2012 <u>hier:</u> Entwurf TEP 3100, 3101, 3102, 3103, 3150, 5206 <u>Bezug:</u> Rat vom 11.04.2011, TOP 3	5-6	9/11 k
4	Mitteilungen	6	
4.1	Obdachlosenbereich Lupinenweg <u>hier:</u> Kennzahlen zur Bewohnerstruktur 2010	6-7	102/00 u
4.2	KOMM-IN 2011 <u>Bezug:</u> Förderkonzept des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen IntA 02.05.2011	7-8	12/05 o *
4.3	Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende im Rhein-Erft-Kreis ab 01.01.2012	8	28/10 b
4.4	Situation älterer Menschen in Brühl	9	6/09 d
4.5	Aktueller Sachstand anonymer Spurensicherung nach Sexual Straftat <u>Bezug:</u> Anfrage Ratsherr Weitz (SPD) vom 17.02.2011 <u>hier:</u> Sozialdezernent Freytag	9	
5	Anfragen	10	
5.1	Mieterhöhung auf die ortsübliche Vergleichsmiete <u>hier:</u> Herr Duda (Vertreter Spätaussiedler)	10	
	<b>B) Nichtöffentlicher Teil</b>		
6	Mitteilungen	10	
6.1	Alkoholprävention im Obdachlosenbereich Lupinenweg <u>hier:</u> Mündlicher Bericht der Verwaltung	10-11	
7	Anfragen - keine -	11	

\* Vorlage wurde bereits versandt.

Vorsitzender Jung (SPD) begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und heißt Herrn Draeger, neuer Sozialarbeiter in der Beratungsstelle Lupinenweg, herzlich willkommen. Er wurde eingeladen, um seine Arbeit in der Beratungsstelle den Ausschussmitgliedern vorzustellen.

Vorsitzender Jung (SPD) stellt fest, dass die Einladung alle Ausschussmitglieder ordnungsgemäß erreicht hat und fragt, ob Änderungen oder Erweiterungen von diesen zur vorliegenden Tagesordnung gewünscht sind.

Herr Duda (Vertreter Spätaussiedler) bittet den Vorsitzenden Jung (SPD) das Papier „Mieterhöhung auf die ortsübliche Vergleichsmiete“, das er aus dem Internet gezogen hat, zur Diskussion stellen zu dürfen.

## **A) Öffentlicher Teil**

### **1. Niederschrift vom 17.02.2011**

Gegen die Fassung der Niederschrift vom 17.02.2011 werden keine Einwände und Bedenken erhoben.

### **2. Beratungs- und Betreuungsstelle SKFM, Lupinenweg hier: Vorstellung Sozialarbeiter Herr Draeger**

Vorsitzender Jung (SPD) erteilt Herrn Draeger das Wort.

Herr Draeger bedankt sich beim Vorsitzenden Jung (SPD) und den Mitgliedern des Ausschusses dafür, dass er sich als neuer Sozialarbeiter in der Beratungs- und Betreuungsstelle des SKFM Lupinenweg dem Gremium vorstellen kann.

Herr Draeger teilt mit, dass er seit März diesen Jahres die Nachfolge von Frau Petzold in der Beratungs- und Betreuungsstelle angetreten hat.

Er arbeitet mit 19,5 Stunden in Brühl und 19,5 Stunden ist er beratend tätig im Bergischen Kreis.

Seine Schwerpunkte der Arbeit im Lupinenweg sieht er in der Beratung der Bewohner, die zum langfristigen Ziel hat, eine Lebensveränderung bei rat- und hilfesuchenden Bewohnern zu erreichen.

Darüber hinaus wird zweimal in der Woche eine warme Mahlzeit für die Bewohner des Lupinenweges angeboten und dafür Sorge getragen, dass die Grundversorgungen (Körperpflege und Wäsche waschen) abgedeckt sind.

Weiterhin sieht er die Vernetzung mit den örtlichen Institutionen, die seine Beratung vor Ort unterstützen.

Herr Draeger vertritt den Standpunkt, dass der Aufenthalt im Lupinenweg für die Bewohner nur als Übergangslösung gelten kann und er die Bewohner auch darin unterstützen will, auf dem normalen Wohnungsmarkt wieder eine neue Unterkunft zu finden.

Ratsherr Bohlken (fw/bvb) bittet Herrn Draeger näher zu erläutern, welche Zielrichtung er in der Wohnberatung verfolgt.

Herr Draeger antwortet, dass diese Beratung in diesem Bereich sehr schwierig ist, da einige Bewohner nicht in der Lage sind, selbständig in normalen Wohnraum zu leben.

Hier fehlt es seiner Meinung nach an geeigneten Wohnformen und Einrichtungen für den genannten Personenkreis.

Ratsherr Stilz (CDU) spricht Herrn Draeger auf das vorhandene Alkohol- und Drogenproblem einiger Bewohner im Lupinenweg an und fragt ihn, ob er hierin Hilfen für die Betroffenen anbieten kann. Er fragt ihn, ob er mit seiner Präsenzzeit in der Beratungsstelle in der Lage ist, dieses Thema mit den Bewohnern intensiv zu bearbeiten.

Herr Draeger verweist darauf, dass er eine ½ Stelle im Lupinenweg bekleidet.

Ratsherr Stilz (CDU) hakt nach und fragt, ob es sinnvoll wäre, die Stelle in der Beratung aufzuwerten, um eine intensivere Beratung der Betroffenen anzubieten.

Herr Draeger teilt mit, dass sich die Drogenhilfe Köln und das Gesundheitsamt des Rhein-Erft-Kreises das Thema in der Beratung teilen und ihre Sprechstunden im Lupinenweg dazu abhalten.

Sachkundiger Bürger Falkenstein (CDU) fragt Herrn Draeger, ob er schon Kontakt zu den Bewohnern der gegenüberliegenden Einfamilienhäuser herstellen konnte.

Herr Draeger sagt, dass er noch keinen Kontakt zu den Anwohnern hatte und bisher auch niemand ihn in der Beratungsstelle aufgesucht hat.

Ratsherr Bohlken (fw/bVb) will wissen, ob mit Frau Lüdtk-Glock, Beraterin des Gesundheitsamtes Rhein-Erft-Kreis für Alkoholprävention, eine Zusammenarbeit gesucht wird.

Herr Draeger bejaht die Fortführung der (durch die Vorgänger) in der eingeleiteten Zusammenarbeit in der Beratungsstelle mit Frau Lüdtk-Glock.

Ratsherr Weitz (SPD) bittet um Auskunft darüber, wie der Übergang von Frau Petzolds Beratungsarbeit zu ihm gestaltet wurde und ob ein informeller Austausch mit Frau Petzold stattgefunden hat.

Herr Draeger teilt mit, dass die Beratungsarbeit in der Beratungsstelle bis zur Stellenbesetzung mit ihm mit zwei Kollegen aus der Fachberatungsstelle SKFM Frechen aufrechterhalten wurde.

Er selber habe mit Frau Petzold zusammen die Bewohner des Lupinenwegs aufgesucht. Frau Petzold habe eine ausführliche und umfassende Übergabe an ihn vorgenommen. Er finde sich aufgrund der guten Übergabe schnell in die zu erledigenden Aufgabenstellungen ein.

Sachkundiger Bürger Zierfas (CDU) fragt Herrn Draeger, ob er Brühler Bürger sei. Er will von ihm wissen, ob seine Stelle eine Präsenzerweiterung im Stundenkontingent erfahren muss, da die intensive Beratung zur Alkoholprävention wegfallen würde.

Herr Draeger antwortet, dass er in Köln wohnt und zu einer Präsenzerweiterung keine Stellungnahme abgeben könne.

Sozialdezernent Freytag wirft ein, dass es eine politische Entscheidung gewesen sei, die Beratungsstelle im Lupinenweg mit einem halben Stundenkontingent (19,5 WSt) aufrecht zu erhalten. Er bittet die Mitglieder darum, Herrn Draegers Arbeit nicht mit solchen Fragestellungen zu belasten.

Ratsherr Weitz (SPD) äußert Verwunderung darüber, dass die CDU-Fraktion immer wieder die Nachfrage zur Präsenzerweiterung stellt. Seine Fraktion habe lange Zeit einen Antrag dazu gestellt. Dieser wurde im Ausschuss von der CDU-Fraktion mehrheitlich abgelehnt. Es erstaunt ihn, dass die CDU-Fraktion beim Thema immer wieder neu und zaghaft anfragt.

Es gibt daraufhin einen Meinungs austausch zwischen Ratsherrn Stiltz (CDU) und ihm. Dieser wird unterbrochen durch die Meinungsäußerung des sachkundigen Einwohners Mörs (beratendes Mitglied Obdachlosenbereich). Er meint, dass die Präsenz in der Beratungsstelle wichtig ist, auch im Blick darauf, dass sich die Verweildauer der alleinstehenden Männer in den Obdachlosenunterkünften Lupinenweg stetig erhöht. Derzeit stellen die Anwohner der Einfamilienhäuser keine besonderen Auffälligkeiten fest. Es habe aber zwischen dem Weggang von Frau Petzold und der Wiederbesetzung der Stelle durch Herrn Draeger große Probleme gegeben.

Ratsherr Kirf (CDU) meint, dass die Diskussion über das richtige Stundenkontingent in der Beratungsstelle beendet werden sollte. Vielmehr sei es wichtig, andere Ressourcen auszuschöpfen und zu bündeln, um das Beratungsangebot zu gestalten.

Nachdem keine weiteren Fragen und Meinungen gestellt und geäußert werden, bedankt sich Vorsitzender Jung (SPD) bei Herrn Draeger für seine Vorstellung im Ausschuss.

**3. Einbringung der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2011/2012**  
**hier: Entwurf TEP 3100, 3101, 3103, 3103, 3150, 5206**  
**Bezug: Rat vom 11.04.2011, TOP 3**  
**Vorlagen-Nr.: 9/11 k**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt den Entwurf der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2011/2012 zur Kenntnis.

Vorsitzender Jung (SPD) schlägt den Mitgliedern des Ausschusses vor, den Entwurf der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2011/2012 nach Seitenzahl zu diskutieren.

Ratsherr Bohlken (fw/bVb) bittet um Erklärung und Auskunft zu den differenzierten Auf- und Darstellungen der Betriebskosten „Soziale Einrichtungen“ auf Seite 199 des Entwurfs.

Herr Rampe (Abteilungsleiter 32/3) gibt exemplarisch bekannt, dass die installierten Stromzähler in den Obdachlosenunterkünften Lupinenweg auf jeden einzelnen Bewohner angemeldet sind, während die installierten Stromzähler und deren Verbrauchseinheiten in den Unterkünften für Asylbewerber (z.B. Willy-Brandt-Straße) in einem implementierten Pauschalbetrag über die Stadt gezahlt werden.

Durch den Wegzug vieler Personen aus dem Lupinenweg wurden sinkende Kosten erreicht, während in den Unterkünften Willy-Brandt-Straße steigende Kosten durch neue Zuweisungen von Personen entstehen. Dies trifft auch für die städtischen Häuser zu, in denen ebenfalls unterschiedliche Höhen der Betriebskosten sichtbar werden und stark differieren. Die Unterkünfte Am Volkspark und Burgstraße werden Haushaltsjahr 2012 nicht mehr beplant, da diese zur Unterbringung von asylbegehrenden Ausländern nicht mehr benötigt werden.

Ratsherr Bohlken (fw/bVb) schlägt vor, die Aufstellung der Betriebskosten künftig differenzierter und transparenter zu gestalten. Die vorliegende Darstellung sei sehr unübersichtlich und nicht direkt nachvollziehbar.

Sozialdezernent Freytag erwidert, dass es nicht möglich sei, die Betriebskosten der sozialen Einrichtungen miteinander zu vergleichen, da jeweils andere Tatbestände der Betriebskostenermittlungen zu Grunde gelegt werden müssen. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Seite 202 des Haushaltsentwurfs, wo durch die Einführung eines Kennzahlensystems detaillierte Hinweise über das Leistungsspektrum abgebildet sind.

Vorsitzender Jung (SPD) fragt die Mitglieder, ob zum Haushaltsentwurf weitere Anmerkungen gewünscht sind.

Die Mitglieder haben keine weiteren Fragen zum Haushaltsentwurf 2011/2012.

#### 4. Mitteilungen

**Obdachlosenbereich Lupinenweg**  
**hier: Kennzahlen zur Bewohnerstruktur**  
**Vorlagen-Nr.: 102/00 u**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Herr Rampe (Abteilungsleiter 32/3) spricht die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der im Obdachlosenbereich Lupinenweg wohnenden Personen im Jahr 2010 an. Diese hat sich im Gegensatz zum Jahr 2009 erhöht. Die längere Verweildauer der im Lupinenweg lebenden Personen hängt von vielen verschiedenen, individuellen Faktoren, die diese mitbringen, ab. So sei auch die geringe Fluktuation (hier: Weg- und Auszug) zu verstehen und zu interpretieren.

Ratsherr Weitz (SPD) fragt nach, ob es einen generellen Trend zu weniger Auszügen aus den Unterkünften gibt. Er bittet um Auskunft darüber, ob eine stärkere Nachfrage zur Aufnahme in die Obdachlosenunterkünfte zu verzeichnen ist.

Herr Rampe (Abteilungsleiter 32/3) antwortet, dass kaum Nachfragen und Vorsprachen in seiner Abteilung zur Aufnahme in den Lupinenweg erfolgen.

Sachkundige Bürgerin Özcelik (Grüne) bittet um Erklärung zum Personenstand einer Familie mit 7 Personen und einer Familie mit 5 Personen.

Herr Rampe (Abteilungsleiter 32/3) führt aus, dass es in dem von ihr genannten Beispiel zu einem Auszug von 2 Personen bei der 7-köpfigen Familie gekommen sei. Von daher sei die 7-köpfige Familie in der Statistik nicht mehr erfasst, sondern als 5-köpfige Familie dargestellt.

#### **4.2 KOMM-IN 2011**

**Bezug: Förderkonzept des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen**

**IntA 02.05.2011**

**Vorlagen-Nr.: 12/05 o \***

#### Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Sozialdezernent Freytag gibt bekannt, dass der Förderantrag an das Kompetenzzentrum für Integration, Arnsberg, mit dem Schwerpunkt „Arbeit“ formuliert wurde. Die Abgabefrist für den Antrag ist der 31.05.2011.

#### Anmerkung der Schriftführerin:

Es wurde ein Antrag auf Fristverlängerung der Abgabe beim Kompetenzzentrum für Integration, Arnsberg, gestellt, da die Formulare für den Förderantrag die Stadt Brühl spät erreicht hatten und der Zeitraum für die Formulierung somit zu knapp für die Verwaltung bemessen war.

Herr Rampe (Abteilungsleiter 32/3) führt weiter aus, dass bereits formulierte Maßnahmen aus dem Integrationsplan in den Antrag eingeflossen sind. Weitere Inhalte des Antrages sind: Durchführung einer Standortanalyse von Migrantenunternehmen, Vernetzung der Unternehmerschaft, Durchführung von Informationsworkshops mit Jugendlichen und deren Eltern in Migrantenvereinen und Bildungseinrichtungen, Mitarbeitern der Agentur für Arbeit und Jobcenter Brühl, Durchführung einer Abschlusskonferenz zur Präsentation der Arbeitsergebnisse im Projektverlauf.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) will wissen, wie die neu eingestellte Bildungslotsin in das Projekt eingebunden wird.

Herr Rampe (Abteilungsleiter 32/3) teilt mit, dass die Bildungslotsin ihren Arbeitsschwerpunkt in Brühl-Vochem (hier: Projekt „Soziale Stadt“) hat. Hinsichtlich der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten für die angedachten Workshops sagt er, dass diese im abgeschlossenen Projekt 2010/2011 mit Schwierigkeiten in der Annahme bestimmter Personenkreise verbunden waren (z.B. VHS Rhein-Erft, Brühl und griechisch-orthodoxe Kirchengemeinde Brühl). Hier könnte alternativ versucht werden, die Erich-Kästner-Realschule oder die Clemens-August-Hauptschule als Partner zu gewinnen.

Sachkundige Bürgerin Özcelik (Grüne) schlägt vor, verstärkt Elternseminare in Brühler Schulen anzubieten und durchzuführen.

Ratsherr Bohlken (fw/bVb) fragt nach, ob andere traditionelle Vereine in Brühl gewillt sind, im Projekt mitzuarbeiten.

Herr Rampe (Abteilungsleiter 32/3) antwortet, dass er dieses derzeit nicht beurteilen kann.

#### **4.3 Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende im Rhein-Erft-Kreis ab 01.01.2012** **Vorlagen-Nr.: 28/10 b**

##### Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Sozialdezernent Freytag gibt bekannt, dass der Rhein-Erft-Kreis keine Option vom Land Nordrhein-Westfalen erhalten. Es wird jedoch noch einmal der Versuch gestartet, über die einzelnen Landkreise eine Option für die Jobcenter zu erreichen. Er teilt weiter mit, dass mit der erfolgten Gesetzesänderung am 01.01.2011 in den SGB II-Leistungen das Gesetz zur Bildung und Teilhabe (sog. „Bildungspaket“) verabschiedet wird.

##### Anmerkung der Schriftführerin:

Die von Herrn Rampe (Abteilungsleiter 32/3) gemachten Ausführungen zu diesem Gesetz sind der Niederschrift als umfassende Anlage beigelegt.

Ratsherr Weitz (SPD) will wissen, ob die Eltern der betroffenen Kinder und Jugendlichen einen Hinweis darüber erhalten haben, dass diese einen Anspruch auf das „Bildungspaket“ geltend machen können.

Herr Rampe (Abteilungsleiter 32/3) antwortet, dass das Jobcenter sein Klientel schriftlich über die Anspruchsberechtigung und Voraussetzungen zum Bildungspaket in Kenntnis gesetzt hat. Das Jugendamt hat alle Eltern entsprechend informiert, die zukünftig Kosten für das Mittagessen in den Kindertagesstätten tragen müssen.

Ratsherr Weitz (SPD) fragt nach, ob es Gründe dafür gibt, dass der Rhein-Erft-Kreis in der Entscheidung zur Option durch das Land Nordrhein-Westfalen am Ende der Wertigkeitsskala steht.

Sozialdezernent Freytag antwortet, dass ihm hier keine Gründe für die Einstufung des Rhein-Erft-Kreises in die Option bekannt sind. Der Rhein-Erft-Kreis beabsichtige jedoch nachzufragen.

Ratsherr Stiliz (CDU) bittet um Auskunft darüber, ob eine Möglichkeit besteht, den Betrag im Bildungspaket zur Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen zu erhöhen.

Herr Rampe (Abteilungsleiter 32/3) verneint dies. Er stellt exemplarisch dar, dass die Bundesregierung nach der Gesetzesbegründung davon ausgeht, dass hierfür 10 € monatlich ausreichen. Danach belaufe sich z.B. der Jahresbeitrag für Kinder und Jugendliche bei der Hälfte aller Sportvereine auf 25 € bis 30 €.

Herr Gérard (Fachbereichsleiter 32) teilt mit, dass der Brühl-Pass finanzielle Vergünstigungen für die Teilnahme an Angeboten in Vereinen und Institutionen vorhält.

#### **4.4 Situation älterer Menschen** **Vorlagen-Nr.: 6/09 d**

##### Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Ratsherr Bohlken (fw/bVb) äußert, dass er von der Vorlage überrascht war. Er fragt, ob 2 ½ Stunden ausreichen, um sich ein Meinungsbild der Anliegen und Wünsche der Stadtteilbewohner zu verschaffen.

Ratsherr Weitz (SPD) meint, dass abgewartet werden soll, wie das Stadtteilgespräch von den Bürgerinnen und den Bürgern angenommen wird.

Sozialdezernent Freytag sagt, dass es seitens der Mitglieder nicht gewünscht war, eine repräsentative Umfrage zu starten.

Vorsitzender Jung (SPD) bestätigt die Aussage von Sozialdezernent Freytag.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) fragt, ob weitere Umfragen gestartet und initiiert werden. Sie freut sich, dass ein erster Termin zur Befragung gesetzt ist. Sie will wissen, wie der Ablauf der Veranstaltung konzipiert ist und fragt an, ob für die Stadtteilbewohner Fragebögen ausgelegt werden.

Sozialdezernent Freytag erwidert, dass sich die Veranstaltung an dem Ablauf in der Stadt Hürth orientieren wird. Der Ablauf der Veranstaltung im Detail muss noch besprochen werden.

Ratsherr Pohl (CDU) will wissen, ob es hinsichtlich der Befragung eine Altersbegrenzung gibt.

Sozialdezernent Freytag antwortet, dass es keine Altersbegrenzung zur Befragung gibt.

Ratsherr Kirf (CDU) fragt nach, ob die Ausschussmitglieder über die Befragungsergebnisse informiert werden. Er bittet um Auskunft darüber, ob Fragen zur Infrastruktur, zu Angeboten im Freizeitbereich, zu örtlichen Besonderheiten im Stadtteil im Fragebogen gestellt werden.

Sozialdezernent Freytag sagt den Mitgliedern zu, den formulierten Fragebogen in der nächsten Sitzung zur Kenntnis zu geben.

#### **4.5 Aktueller Sachstand anonyme Spurensicherung nach Sexualstraftat** **Bezug: Anfrage Ratsherr Weitz (SPD) vom 17.02.2011** **hier: Sozialdezernent Freytag**

Sozialdezernent Freytag gibt bekannt, dass die Anfrage an die Staatsanwaltschaft Köln zur Beratung weitergeleitet wurde. Von dort steht eine Antwort allerdings auch aus.

## **5. Anfragen**

### **5.1 Mieterhöhung auf die ortsübliche Vergleichsmiete hier: Herr Duda (Vertreter Spätaussiedler)**

Herr Duda (Vertreter Spätaussiedler) teilt mit, dass er ein Info eines Richters an einem Amtsgericht zum Thema „Mieterhöhung auf die ortsübliche Vergleichsmiete“ aus dem Internet gezogen habe. Er möchte mit dieser Info noch einmal die Diskussion aus der Sitzung vom 17.02.2011 aufleben lassen. Die Mitglieder fragen Vorsitzenden Jung (SPD), ob dieser über das Info von Herrn Duda vorab in Kenntnis gesetzt wurde, da sie keine Kenntnis von dem Schreiben haben.

Vorsitzender Jung (SPD) bejaht dies.

Sachkundiger Bürger Falkenstein (CDU) schlägt vor, die Diskussion in den nicht-öffentlichen Teil zu verlegen, da Herr Duda als Mieter der Gebausie in der Fragestellung befangen sei.

Sozialdezernent Freytag lenkt ein und erklärt nochmals die Vorgehensweise der Gebausie bei der Erhöhung der Miete in ihren Wohnungen.

Nachdem es hierzu keine weiteren Wortmeldungen mehr von den Mitgliedern des Ausschusses gibt, schließt Vorsitzender Jung (SPD) den öffentlichen Teil der Sitzung. Darüber hinaus verabschiedet er Herrn Draeger (SKFM Frechen e.V.), der der Sitzung im öffentlichen Teil beigewohnt hat.